



Wortprotokoll

über die 44. Sitzung der

Vollversammlung des Stadtrates der Landeshauptstadt München

vom 28. Februar 2024

(öffentlich)

Oberbürgermeister

Reiter

2. Bürgermeister

Krause

3. Bürgermeisterin

Dietl

bfm. Stadtratsmitglieder

siehe Anwesenheitsliste

ea. Stadtratsmitglieder

siehe Anwesenheitsliste

ferner

Mitarbeiter*innen der Verwaltung

Anwesenheitsliste der Vollversammlung vom 28. Februar 2024

Oberbürgermeister	Reiter
2. Bürgermeister	Krause
3. Bürgermeisterin	Dietl

Ehrenamtliche Stadtratsmitglieder:

Die Grünen:

StRin Berger, StR Bickelbacher, StR Brem, StRin Fuchs, StRin Gökmenoğlu, StRin Greif, StRin Hanusch, StRin Harper, StRin Krauss, StRin Langmeier, StRin Lüttig, StRin Lux, StRin Nitsche, StRin Pilz-Strasser, StR Dr. Roth, StR Schönemann, StR Smolka, StRin Stöhr, StR Süß, StR Voßeler, StR Weisenburger;

CSU:

StR Agerer, StR Babor, StRin Bär, StRin Burkhardt, StR Dzeba, StR Ewald, StRin Gaßmann, StRin Grimm, StR Hammer, StRin Kainz, StR Kaum, StR Luther, StRin Dr. Menges, StRin Mirlach, StR Pretzl, StR Reissl, StR Schall, StR Schmid, StR Stadler, StR Prof. Dr. Theiss;

SPD:

StRin Abele, StRin Burger, StR Gradl, StR Hefter, StRin Hübner, StR Köning, StRin Likus, StR Naz, StRin Odell, StR Offman, StR Rupp, StRin Dr. Schmitt-Thiel, StR Schuster, StR Vorländer, StRin Wenngatz;

AfD:

StR Stanke, StR Walbrunn, StRin Wassill;

FDP:

StR Prof. Dr. Hoffmann, StRin Neff, StR Roth;

DIE LINKE.:

StR Jagel, StR Lechner (parteilos); StRin Wolf;

ÖDP:

StRin Haider, StRin Holtmann, StR Ruff;

FREIE WÄHLER:

StR Mehling, StR Schabl;

BAYERNPARTEI:

StR Progl;

München-Liste:

StR Höpner;

Die PARTEI:

StRin Burneleit;

Rosa Liste:

StR Niederbühl;

Volt:

--;

Berufsmäßige Stadtratsmitglieder:

Bfm. StR Baumgärtner

Bfm. StR Biebl

Bfm. StRin Dr. Dornheim

Bfm. StR Dunkel

i. V. Herr Eckhardt (SOZ)

Bfm. StRin Dr.-Ing. Ehbauer

Bfm. StRin Frank

Stadtkämmerer Frey

Stadtschulrat Kraus

Bfm. StRin Kugler

Stadtbaurätin Prof. Dr. (Univ. Florenz) Merk

Bfm. StR Mickisch

Bfm. StRin Dr. Sammüller-Gradl

Bfm. StRin Zurek

Inhaltsverzeichnis

Bestätigung von Ausschussbeschlüssen.....	6
B1: Erhöhung der Stellenkapazitäten der örtlichen Gleichstellungsarbeit	7
StR Pretzl:.....	7
B2: In der Krise für München da: Zugänge und Eingangsbereiche der Sozialbürgerhäuser verbessern	7
B8: Umsetzung des BayernNetz-Natur-Projektes „NaturErholung Isartal im Süden von München“	8
C1: Ein Jahr Bürgerbegehren „Grünflächen erhalten“ 1–.....	9
OB Reiter:.....	9
StR Ruff:	9
OB Reiter:	10
C2: Baustopp bei der Tram Nordtangente in Bogenhausen.....	11
OB Reiter:.....	11
StR Roth:	11
A1: Verwendung der Fördermittel aus dem Bayerischen Sonderfonds „Innenstädte beleben“	12
StRin Wassill:.....	12
StR Gradl:	13
StR Pretzl:.....	14
StR Bickelbacher:	15
StR Roth:	16
B5: Neugestaltung der freiwilligen Förderung der LHM für Kindertageseinrichtungen	17
StR Weisenburger:	17
StRin Burkhardt:	19
StRin Hübner:	21
StRin Neff:	24
StR Lechner:.....	26
StR Babor:	28
StRin Hübner:	29
StR Weisenburger:	30
StR Pretzl:.....	31
StR Babor:	32
StRin Neff:	32
StR Lechner:.....	33
StRin Odell:.....	33
BMin Dietl:	34
StSchR Kraus:	36
B7: Budget für das Citymanagement im Referat für Arbeit und Wirtschaft	38
StRin Wassill:.....	38

Öffentliche Sitzung

Beginn: 09:27 Uhr

Vorsitz: OB Reiter

Bestätigung von Ausschussbeschlüssen

Die Anträge der Referent*innen zu den Tagesordnungspunkten

B3, B4, B6, B10, B11 und B12

werden **einstimmig beschlossen**.

(Aktensammlung Seiten 6253, 6255, 6259, 6265, 6267 und 6269)

**B1: Erhöhung der Stellenkapazitäten der örtlichen Gleichstellungsarbeit
in den städtischen Referaten und Eigenbetrieben entsprechend der Aufgabenanforderungen
Empfehlung Nr. 190 der Stadtratskommission zur Gleichstellung von Frauen vom 27.07.2023**

Aktensammlung Seite 6249

Beschluss (gegen die Stimmen von CSU mit FREIE WÄHLER,
FDP BAYERNPARTEI und AfD):

Nach Antrag

Erklärung zur Abstimmung:

StR Pretzl:

Wir verweisen auf unsere Erklärung im Ausschuss.

**B2: In der Krise für München da: Zugänge und Eingangsbereiche der
Sozialbürgerhäuser weiter verbessern
Antrag Nr. 3177 von SPD/Volt und Die Grünen – Rosa Liste vom 20.10.2022**

Aktensammlung Seite 6251

Beschluss (Ziffer 3 gegen die Stimmen von CSU mit FREIE WÄHLER,
FDP BAYERNPARTEI und AfD,
Ziffer 9 gegen die Stimmen von DIE LINKE./Die PARTEI und AfD):

Nach Antrag

**B8: Umsetzung des BayernNetz-Natur-Projektes „NaturErholung Isartal
im Süden von München“ –
Lenkungskonzept und Öffentlichkeitsmaßnahmen zum Mountainbike-Fahren
Sachmittelbedarf
Produkt 45554200 Naturschutz und Biodiversität
Beschluss über die Finanzierung ab dem Jahr 2024**

Aktensammlung Seite 6263

Beschluss (gegen die Stimmen der AfD):

Nach Antrag

**C1: Ein Jahr Bürgerbegehren „Grünflächen erhalten“ 1 –
Der Stadtrat bekennt sich weiterhin zu den Zielen!
Dringlichkeitsantrag Nr. 4659 von ÖDP/München-Liste vom 27.02.2024**

Aktensammlung Seite 6271

OB Reiter:

Nach Auffassung der Rechtsabteilung ist der Antrag objektiv nicht dringlich. Ich verstehe das Interesse, das Bürgerbegehren noch einmal in Erinnerung zu rufen. Ein Bekenntnis zum Fortbestand ist aber nicht dringlich und inhaltlich auch nicht notwendig. Der erste Satz der Begründung, dass „*ein Bürgerentscheid laut Gesetz leider nur ein Jahr Bestand*“ hat, mag stimmen, der Sachstand ist aber, dass der Stadtrat diesen Bürgerentscheid übernommen hat. Dadurch wird aus dem Bürgerentscheid ein Stadtratsbeschluss, der kein Ablaufdatum hat. – (Vereinzelt Beifall) – Er besteht so lange, bis Sie etwas anderes beschließen oder er sich fachlich überholt. Deshalb ist eine Erneuerung unnötig.

Ich ahne allerdings, dass es nicht nur um den Inhalt geht. Wir sind alle nicht von gestern. – (Heiterkeit) – Dringender Handlungsbedarf lässt sich nicht konstruieren. Herr Ruff, Sie können aber gern noch einmal begründen, warum Sie das Thema für dringlich erachten.

StR Ruff:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Ganz so ist es nicht. Das Bürgerbegehren wurde übernommen. Deshalb gilt die einjährige Bindungsfrist. – (OB Reiter: Nein! Wir haben hier einen Stadtratsbeschluss.) – Wir hätten innerhalb dieses Jahres nichts entscheiden dürfen, was über den von der Regierung in der Einzelfallabwägung erlaubten Rahmen hinausgeht. Wir hätten binnen dieses Jahres keinen Grundsatzbeschluss gegen den Bürgerentscheid fassen dürfen, weil wir das Bürgerbegehren übernommen haben.

Einen solchen Grundsatzbeschluss dürften wir ab morgen fassen. Wir könnten jetzt grundsätzlich beschließen, dass wir das Bürgerbegehren für sinnfrei halten. Damit sich nicht schleichend eine andere Haltung durchsetzt, halten wir es für notwendig und geboten, dass sich der Stadtrat in seiner Mehrheit weiterhin dazu bekennt, wie damals bei den Bürgerbegehren gegen die Hochhäuser oder zur dritten Startbahn.

Sie können sagen, das sei keine dringliche Angelegenheit und müsse heute nicht abgestimmt werden. Da hat die Rechtsabteilung wahrscheinlich auch Recht. Aber wenn wir dieses Anliegen als normalen Antrag stellen, gehen sechs Monate ins Land, bis sich der Stadtrat wieder dazu äußern kann. Dieses in Ihren Augen formal falsche Vorgehen ist die einzige Möglichkeit, das Bekenntnis zu erneuern und die Wichtigkeit der Grünflächen anzuerkennen. Immerhin stehen hinter diesem Bürgerbegehren 60 000 Menschen. – (Beifall von ÖDP/München-Liste)

Die Dringlichkeit wird gegen die Stimmen von ÖDP/München-Liste **nicht zuerkannt**.

OB Reiter:

Ich gebe die Angelegenheit an das zuständige Fachreferat weiter. Ich gehe davon aus, dass die notwendigen juristischen Klärungen keine sechs Monate dauern werden. Ob die Sache per Brief beantwortet werden kann oder durch eine Stadtratsvorlage behandelt werden muss, hat das Referat zu entscheiden. Es steht Ihnen selbstverständlich frei, weitere Anträge zu diesem Thema zu stellen.

C2: Baustopp bei der Tram Nordtangente in Bogenhausen
Dringlichkeitsantrag Nr. 4665 von FDP BAYERNPARTEI vom 28.02.2024

Aktensammlung Seite 6273

OB Reiter:

Ein Antrag auf Berichterstattung ist im Sinne des Gesetzes grundsätzlich nicht dringlich. Ihr Einverständnis vorausgesetzt, möchte ich das Mobilitätsreferat bitten, das Thema in der nächsten Sitzung des Mobilitätsausschusses zu behandeln. Das scheint mir die richtige Vorgehensweise zu sein.

StR Roth:

Damit sind wir einverstanden.

Die Dringlichkeit wird **nicht zuerkannt**.

A1: Verwendung der Fördermittel aus dem Bayerischen Sonderfonds „Innenstädte beleben“ für den Testbetrieb „Feinerschließung der Innenstadt“

Aktensammlung Seite 6247

StRin Wassill:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, verehrte Damen und Herren! Altstadt für alle? Nein! Autofahrer sollen von dort vergrämt werden. Das halten wir für utopisch, denn nicht nur die Anlieger werden weiterhin in die Altstadt fahren wollen, sondern auch die Anlieferer, Handwerker und der Bauverkehr.

Die Mikrobuslinie deckt nur einen Bereich ab. Jeder Punkt, den die Mikrobuslinie anfährt, ist von jeder bereits vorhandenen Haltestelle in fünf Minuten zu Fuß erreichbar. Das können Sie mit Google Maps oder selbst zu Fuß ausprobieren. Sie kommen dort überall bequem hin. Ich weiß nicht, was es für einen Sinn machen soll, diese Mikrobuslinie einzurichten.

Sie sagen, das sei für Touristen interessant. In Ljubljana fährt der Bus für die Touristen kostenlos. Da muss ich sagen, ja! Aber hier soll er durch das totale Hinterzimmer der Münchner Altstadt fahren. Was machen die Touristen denn dort? An einigen der Strecken gibt es nichts Besonderes zu sehen. Die Strecken sind falsch, das wird auch nicht funktionieren. Wenn Sie dafür Geld verlangen wollen, werden Sie nicht viel einnehmen.

Wenn die Gehbehinderten die Zielgruppe sein sollen, muss ich Ihnen sagen: Auch Gehbehinderte sind oft Autofahrer. Sie sollten ihnen die Möglichkeit lassen, selbst dorthin zu fahren, wo sie hin müssen. Sie sind auch oft mit den üblichen Hilfsmitteln – Rollatoren oder Elektrofahrstühle – mobilisiert. Das funktioniert also auch so. Deshalb sollte man das Autofahren nicht ausschließen. Darum geht es Ihnen aber mit dem Mikrobus.

Transporteure und Handwerker werden auch weiterhin in die Innenstadt fahren müssen. Wenn Sie eine Schrankwand oder ein riesiges Bett mit mehreren Zentnern Gewicht bestellen, werden die Händler kaum zehn Fahrradrikschas buchen, um in die Altstadt zu liefern. Was meinen Sie, was das Bett dann kosten wird? Das kauft keiner mehr. Dann geht man wieder zum Möbelmarkt am Stadtrand.

Das macht alles überhaupt keinen Sinn. Mich stört vor allem, dass die Stadt schon wieder als öffentlicher Betreiber auftreten möchte. Überall sonst in der Welt liegt die Feinerschließung in privater Hand, egal ob Sie in Jodphur im Tuk-Tuk durch die Gassen gefahren werden oder sich auf Ischia die Berge entlang schaukeln lassen. Das sind alles private Betreiber. Es kostet nicht viel, Sie kommen überallhin und der private Betreiber kann davon leben. Wenn der Preis stimmt und der Bedarf da ist, funktioniert das von ganz allein. Sie als Stadt brauchen nicht nachzuhelfen. Das regelt sich von allein.

Sie haben schon richtig teure Zuschüsse für E-Räder und Pedelecs ausgegeben. Jetzt wollen Sie noch einmal einen Haufen Geld für diese Mikrobusse und E-Rikschas rausschmeißen. Wenn die Bürger wüssten, was das wirklich kostet, würden Sie sich aber umschauen. Wir sind der Ansicht, man sollte die Autofahrer nicht aus der Innenstadt vergrämen. Sie sollten den Transportmarkt frei agieren lassen und das Geld der Münchner für andere gute Projekte sparen. Daher lehnen wir den Antrag ab. Danke. – (Beifall der AfD)

StR Gradl:

Werte Kolleginnen und Kollegen! Es ist eigentlich Konsens, nicht auf solche Provokationen einzugehen. In diesem Fall erlaube ich mir aber, mich zu Wort zu melden, da wir heute eine sehr kurze Tagesordnung haben. Außerdem sind wir im A-Teil, das heißt, es gab zu diesem Tagesordnungspunkt noch keine Beratung in einem Fachausschuss.

Die europäischen Großstädte sind einer großen Transformation unterworfen. Auch die Münchner Innenstadt hat sich stark verändert. Ich habe zwei Zahlen herausgesucht: Zwischen 1963 und 1972 wurde entschieden, die Sackbahnhöfe durch eine Verbindungsbahn miteinander zu verknüpfen. Das ist die heutige Stammstrecke. Erstaunlich, wie schnell das ging! Diese Maßnahme ermöglichte die Eröffnung der Münchner Fußgängerzone durch einen sozialdemokratischen Oberbürgermeister. Das war der erste Schritt.

Einige Mitglieder des Stadtrats haben später dazu beigetragen, dass die autofreie Altstadt auch auf dem Marienplatz umgesetzt wurde. In dem 2014 neu gewählten Stadtrat haben Herr Pretzl und Herr Reissl in einer Koalition gemeinsam verkündet, dass der Münchner Marienplatz autofrei wird. Damals wurde heftig darüber gestritten, ob der Taxistand ins Tal verlegt werden soll und was mit der Buslinie passiert, die am Münchner Marienplatz gehalten hat. Paul Bickelbacher kann sicher viel von den Diskussionen erzählen, ob es richtig sei, den Bus – wie heute – durch das Tal und über den Viktualienmarkt zu führen.

Heute sieht jeder, dass diese Maßnahmen hin zu einer autoreduzierten Altstadt absolut richtig waren. Weitere sind dazugekommen. Unter Grün-Rot haben wir beschlossen, die Westenriederstraße in eine Fußgängerzone umzuwandeln. Das Tal soll zu einer weiteren werden, sodass die Straßen von allen vier Münchner Stadttoren bis zum Marienplatz zu Fußgängerzonen werden.

Das bedeutet aber auf der anderen Seite, dass es immer schwieriger wird, in die Münchner Altstadt zu kommen. Ich begrüße sehr, dass es uns gelungen ist, aus dem Innenstadtfonds der Bayerischen Staatsregierung Geld für einen neuen Bus zu organisieren, der den Marienplatz anfährt und die Knotenpunkte mit der Münchner Altstadt vernetzt. Vielen Dank an das Referat für Arbeit und Wirtschaft. Das ist eine sehr gute Lösung, um die Münchner Arztpraxen und die Münchner Dienstleistung in der Altstadt erreichbar zu halten. Außerdem bietet die neue Verbindung die Möglichkeit, nach einem größeren Einkauf oder wenn der Weg über zahlreiche Rolltreppen hinunter zum Bahnsteig vielleicht einmal zu weit ist, in einen solchen Bus zu steigen und sich zu den Massenverkehrsmitteln am Isartor oder Sendlinger Tor bringen zu lassen. Im Pilotbetrieb soll die Benutzung sogar kostenlos sein.

Das ist ein sehr weitreichender Beschluss. Ich bedanke mich beim Mobilitätsreferat, dass unser Antrag aus dem Jahr 2020 in diesem Jahr umgesetzt wird. Vielen Dank. – (Beifall von SPD/Volt und Die Grünen – Rosa Liste)

StR Pretzl:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich an dieser Stelle bei der Person bedanken, die maßgeblich für die Mikroerschließung der Altstadt gekämpft hat, zuerst aus Überzeugung und dann bedauerlicherweise auch aus persönlicher Erfahrung: beim ehemaligen CSU-Stadtrat Georg Kronawitter. Er war einer der ersten, der bereits in der Amtsperiode von 2008 bis 2014 eine ganze Reihe von Anträgen zu diesem Thema gestellt hat.

Den ersten Erfolg hatte Georg Kronawitter, als der Service der E-Motorroller eingerichtet wurde. Der heutige Beschluss ist ein weiterer Erfolg. Er erlebt ihn nicht mehr als amtierender Stadtrat, aber bei einem so wichtigen Beschluss, der vielen Menschen die Erreichbarkeit der Innenstadt erleichtern wird, darf man darauf hinweisen, wer sich so lange dafür eingesetzt hat.

Herzlichen Dank an die Verwaltung, an alle, die mitgeholfen haben, und besonders an Georg Kronawitter. Er begleitet diese Entwicklung aus seiner Tätigkeit im Bezirksausschuss Trudering-Riem sicherlich mit großem Wohlwollen. Vielen Dank! – (Beifall von CSU mit FREIE WÄHLER)

StR Bickelbacher:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Wir haben das Thema im Mobilitätsausschuss eineinhalb Stunden lang ausführlich diskutiert. Deshalb hätten wir es auch nicht aufrufen müssen, aber nun muss ich natürlich auch unseren Standpunkt darlegen.

Zuerst muss ich dich leider korrigieren, lieber Nik. Der Marienplatz ist nicht autofrei geworden, er ist bus- und fahrradfrei geworden. Das ist ein kleiner Unterschied. Autofrei war er schon vorher. – (StR Pretzl: Taxis sind ja keine Autos.) – Das Taxi ist ein Teil des öffentlichen Verkehrs, deshalb kann man es nicht mit einem Privatauto gleichstellen. – (Zwischenruf) – Ich bin dafür, den Taxis viele Rechte einzuräumen. Nur bei den Busspuren können wir das wegen der Beschleunigung nicht machen, weil die Taxis sich an der Ampel nicht das Grün holen können. Ansonsten sind wir dafür, dass Taxen möglichst auch dort fahren können, wo die Busse fahren. – (StR Pretzl: Auch am Hauptbahnhof? Aber darüber müssen wir nicht heute diskutieren.) – Ich bin immer zur Diskussion bereit und sehr froh, wenn ich einen falschen Eindruck über die Ansicht der Grünen korrigieren konnte. – (Beifall von Die Grünen – Rosa Liste) – Für uns ist das Taxi ein wesentlicher Baustein des autolosen Lebensstils. Es steht außer Frage, dass man auf das eigene Auto besser verzichten kann, wenn es ein gutes Taxiangebot gibt.

Ich möchte darauf hinweisen, dass wir 2016 einen Antrag zur Erschließung der Innenstadt nach dem Vorbild von Ljubljana gestellt haben. Ein solches System bekommen wir jetzt. Vorher war immer ein größeres Fahrzeug geplant: ein Citybus bzw. Medibus. Dieser hätte sich in den engen Straßen der Altstadt schwergetan. Mit dem jetzt geplanten Liniennetz erreichen wir eine gute Flächenschließung. Abgerundet wird das Angebot durch den Einsatz der Rikschas.

Natürlich können Menschen ohne Einschränkungen diese Strecken zu Fuß meistens schneller zurücklegen. An vielen Stellen ist unsere Altstadt sehr schön, da geht man gern zu Fuß. Das kostenlose Angebot richtet sich an mobilitätseingeschränkte Personen und ist ein Teil der Inklusion. Das ist sehr wichtig. Wenn der Pilotversuch funktioniert, muss er auch weiter betrieben werden. Danke schön! – (Beifall Die Grünen – Rosa Liste und SPD/Volt)

StR Roth:

Lieber Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich verweise auf die Debatte im Mobilitätsausschuss – (Beifall) –, möchte aber noch einmal in zwei Sätzen die Position unserer Fraktion darlegen.

Wir hatten zwei Hauptargumente genannt. Zum einen ist die Linienführung zu lang. Wir wären für einen Test auf kürzeren Linien und hatten vorgeschlagen, das Angebot auf der Strecke vom Sendlinger Tor zum Viktualienmarkt, vom Viktualienmarkt zum Isartor oder vom Max-Joseph-Platz zum Viktualienmarkt auszuprobieren. Jetzt ist die Linienführung kleeblattförmig und viel zu lang. Wir befürchten, dass das Angebot so nicht angenommen wird.

Den zweiten Punkt hat Paul Bickelbacher bereits angesprochen. Die Zielgruppe sind mobilitätseingeschränkte Bürgerinnen und Bürger. Wir sehen nicht, wie sichergestellt werden kann, dass das Angebot auch tatsächlich von dieser Zielgruppe genutzt wird. Wir befürchten, dass Touristen und andere, die es eigentlich nicht brauchen, das Angebot nutzen werden und es am Ende nicht bei der Zielgruppe ankommt. Deshalb tragen wir den Testversuch in diesem Design nicht mit. Natürlich werden wir uns die Ergebnisse anschauen, sobald sie vorliegen, und weitere konstruktive Vorschläge einbringen. Vielen Dank! – (Beifall von FDP BAYERNPARTEI)

Der Antrag des Referenten wird gegen die Stimmen von FDP BAYERNPARTEI und AfD **beschlossen**.

B5: Neugestaltung der freiwilligen Förderung der Landeshauptstadt München für Kindertageseinrichtungen freigemeinnütziger und sonstiger Träger
Diverse Anträge

Aktensammlung Seite 6257

StR Weisenburger:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Keine Sorge, ich habe nicht vor, eine dreistündige Ausschussdebatte zu wiederholen. Aber da wir als SPD/Volt und Die Grünen – Rosa Liste heute noch einmal einen Änderungsantrag einbringen, möchte ich dazu ein paar Worte sagen.

Lassen Sie mich kurz erklären, warum wir heute eine Neugestaltung der freiwilligen Förderung beschließen. Die Kindertagesbetreuung ist laut Grundgesetz – wie Bildung insgesamt – Ländersache. Es gibt im Freistaat das Bayerische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz (BayKiBiG), mit dem der Freistaat die Förderung für die Kitas in Bayern festlegt. Diese Förderung deckt ungefähr 60 % der realen Kosten des Kita-Betriebs ab. Manche Kita-Träger werden sagen, eher 50 %, aber für ganz Bayern sind es ca. 60 %. Der Rest wären Elternbeiträge, wenn nicht viele Städte und Gemeinden in Bayern diese Lücke mit einer freiwilligen kommunalen Förderung schließen würden. So machen wir das auch in München. Wir geben mit der Münchner Förderformel (MFF) jährlich rund 170 Mio. € für Bildungsgerechtigkeit aus. – (Beifall von Die Grünen – Rosa Liste und SPD/Volt)

Jetzt haben wir folgenden Zustand: Es gab eine Klage einiger privater Träger gegen die MFF. Es sind Unterlassungsklagen anhängig, die auf einen sofortigen Förderstopp abzielen. Wenn die Kläger vor Gericht Recht bekämen, wäre der Geldhahn sofort zu und die 170 Mio. € wären für die Kita-Förderung in München verloren. Wir sind also zum Handeln gezwungen.

Ich habe größtes Verständnis für die Sorgen der Eltern. Manche Träger arbeiten in dieser Übergangsphase von einer Förderung zur anderen teilweise mit schaurigen Zahlen, die den Eltern Angst machen. Als Vater kann ich sehr gut verstehen, wie sie sich fühlen. Ich darf mich bei Ihnen, Herr Cloppenburg-Baumann, weil ich Sie auf der Besuchertribüne sehe, ganz herzlich für die sehr konstruktiven Gespräche bedanken, die wir letzte Woche im Vorfeld der Demonstration und noch einmal heute früh geführt haben. Ich hoffe, dass wir weiterhin im Gespräch bleiben und Sie von uns immer die gewünschten Informationen bekommen.

Wir sehen also, der Freistaat lässt eine riesige Lücke. Die Landtagsmehrheit hat zwischen dem heutigen Beschluss und der Einführung im September Zeit, zwei Dinge zu tun: Erstens das BayKiBiG so aufzustellen, dass die Kita-Förderung in Bayern für die Träger tatsächlich auskömmlich ist und die Lücke geschlossen wird, sodass nicht bayernweit die Kommunen mit eigenem Geld einspringen und Aufgaben übernehmen müssen, die eigentlich Ländersache sind; – (Beifall von Die Grünen – Rosa Liste und SPD/Volt) – zweitens eine bayernweite Gebührenobergrenze für Kitas gesetzlich festzulegen. Das wäre doch einmal eine schöne Geschichte. – (Beifall von Die Grünen – Rosa Liste und SPD/Volt) – Ich hoffe, dass sich die Mehrheit im Landtag bewegt. Und ich darf auch an die Eltern appellieren: Lassen Sie in Ihren Bemühungen nicht locker! Machen Sie dem Ministerium und dem Landtag Feuer unterm Hintern! – (Unruhe)

Das war das Warum, jetzt kommen wir zum Wie. Das Defizitmodell ist unsere vielleicht nicht perfekte, aber doch ziemlich starke Lösung für das Problem. Denn das Defizitmodell rettet zwei wesentliche Elemente aus der MFF. Das erste Element kommt mir in der Debatte immer viel zu kurz: die Qualität. Wir haben sowohl in der MFF als auch im Defizitmodell einen Anstellungsschlüssel, der deutlich besser ist als der gesetzliche. Das ist Qualität, die direkt bei den Kindern ankommt. – (Beifall von Die Grünen – Rosa Liste und SPD/Volt)

Als zweites Element haben wir im Defizitmodell niedrige Gebühren und eine weit gefasste Grenze, bis zu der die Eltern gar keine Beiträge zahlen müssen. Es gibt eine großzügige Geschwisterermäßigung: Für das zweite Kind wird nur die Hälfte der Gebühren, für das dritte Kind werden gar keine Gebühren erhoben. Das gilt für alle, egal ob die Kinder in einer städtischen Einrichtung oder bei einem freien Träger im Defizitmodell betreut werden. Darüber hinaus gibt es die Wirtschaftliche Jugendhilfe (WJH), die je nach Einkommen die Kosten ganz oder zum Teil übernimmt.

Das ist eine wichtige sozialpolitische Maßnahme. Auf eine Formel gebracht: Das sind gute Kita-Plätze zu bezahlbaren Preisen. – (Beifall von Die Grünen – Rosa Liste und SPD/Volt) – Wenn Sie heute dagegen stimmen, ohne eine bessere Alternative vorzulegen, dann möchten Sie auch, dass es ab September 2024 keine städtische Kita-Förderung mehr gibt. Das muss man klar so festhalten. – (Beifall von Die Grünen – Rosa Liste und SPD/Volt) – Das wäre die Konsequenz, und das halte ich für unverantwortlich. Wir bei SPD/Volt und Die Grünen – Rosa Liste machen verantwortliche Politik. Wir machen das Beste aus den Umständen, die uns durch die gesetzlichen Rahmenbedingungen der Regierung von Oberbayern vorgegeben sind.

Diese verantwortliche Politik zeigt sich in dem Änderungsantrag, den wir heute einbringen. Wir kommen den Trägern mit einer einheitlichen Verwaltungskostenpauschale noch einmal weit entgegen. Sie sollte jetzt mehr als auskömmlich sein. Auch beim heiß diskutierten Thema der Verpflegung kommen wir den Trägern entgegen. Das wird in der Begleitkommission, die im Beschluss vorgesehen ist, noch einmal detailliert ausgearbeitet und weiter diskutiert. Es bleibt aber für heute festzuhalten: Wir erhöhen den Zuschuss auf 3,50 € pro Kind und Tag; einerseits, um die Essensentgelte weiterhin gering und bezahlbar zu halten, andererseits, um den freien Trägern den Umstieg auf die Frisch-Mischküche zu ermöglichen, damit die Kinder ein frisches und gesundes Essen auf den Tisch bekommen. – (Beifall von Die Grünen – Rosa Liste und SPD/Volt) – Drittens ist eine Härtefallregelung vorgesehen, damit Kita-Plätze auch dann erhalten bleiben, wenn ein Träger in wirtschaftliche Schieflage geraten sollte. Das ist ein wichtiges Prinzip, an dem wir kontinuierlich arbeiten.

Schließen möchte ich mit einem Appell an die privaten Träger, die noch zögern, ob sie sich dem Defizitmodell anschließen. Was wir im Ausschuss beschlossen haben, war die ausgestreckte Hand. Was wir heute mit dem Änderungsantrag beschließen, ist der ganze Arm. Wenn es Ihnen als private Träger so wie uns als Regierungsmehrheit wirklich um die Kinder und die Familien geht, dann greifen Sie jetzt zu. Vielen Dank! – (Beifall von Die Grünen – Rosa Liste und SPD/Volt)

StRin Burkhardt:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Kollege Weisenburger, ich bin wirklich gerührt von Ihrem Vortrag. – (Heiterkeit) – Ich kann es nicht anders sagen. Ich möchte heute auch nicht die dreieinhalbstündige Diskussion aus dem Fachausschuss wiederholen.

Für die Eltern war es ein emotionaler Vormittag. Ich war nicht auf dem Marienplatz, aber einige Kollegen waren ja wohl dort. Jetzt sitzen sie auf der Besuchertribüne und warten auf den Beschluss. Die Eltern hoffen, dass sich aufgrund der Schreiben, die einige Einrichtungen versandt haben, noch etwas ändert. Es wird sich nichts ändern! Auch wenn die Regierungsmehrheit die Hand reicht bzw. den Arm ausstreckt, befürchte ich, es wird sich an der Grundsituation nichts ändern. Da müssen wir realistisch sein. – (Beifall von CSU mit FREIE WÄHLER) – Die Schreiben mit den Unterschriftenlisten haben Sie alle bekommen und wir haben darüber geredet.

Eltern können sich jetzt die Kinderbetreuung nicht mehr leisten, wenn einige private Träger aussteigen. Es sind ganz normale Familien aus der Mittelschicht, bei denen das Gefüge aus dem

Gleichgewicht gerät. – (Beifall von CSU mit FREIE WÄHLER) – Sie müssen sich überlegen, was sie jetzt machen.

Es ist verständlich, wenn die Bürgermeisterin an die Eltern schreibt: Ihr könnt Euch beim *kita finder* anmelden. Aber es nützt nichts, wenn die Eltern vom Kita-Finder die Antwort bekommen: Die Lösung ist eine private Einrichtung. Da beißt sich die Katze in den Schwanz. Wir haben einfach zu wenig städtische Plätze – (Beifall von CSU mit FREIE WÄHLER) –, also müssen die Eltern auf private Träger zurückgreifen. Es bleibt ihnen nichts anderes übrig.

Die Bildungsgerechtigkeit, die Kollege Weisenburger angesprochen hat, wünschen wir uns alle. Ich freue mich wirklich für alle Eltern, deren Kinder in Einrichtungen sind, die im neuen Modell einen Platz haben. Diese Familien können ihr Leben weiterführen wie bisher. Ich mache mir aber Sorgen um die Eltern, die vor einer unlösbaren Aufgabe stehen und nicht genau wissen, wie das alles funktionieren soll. – (Beifall von CSU mit FREIE WÄHLER) – Wir erkennen durchaus an, dass die Stadt ein Modell sucht, das möglichst viele Einrichtungen einschließt. Dafür hatte sie zwei Jahre Zeit. Das Problem ist, dass sich erst in den letzten Wochen und Monaten eine Dynamik entwickelt hat. Das ist verlorene Zeit, anders kann man es nicht sagen.

Die Kollegin Hübner hat der *Süddeutschen Zeitung* gesagt, wir hätten die beste unter vielen nicht guten Lösungen gefunden. Ich hätte mich gefreut, wenn uns unterschiedliche Lösungen vorgeschlagen worden wären. – (Beifall von CSU mit FREIE WÄHLER) – Aber wenn ich nur das Defizitgleichsystem vorgeschlagen bekomme, habe ich keine Entscheidungsoption. Ich lese etwas über Gutscheine und andere mögliche Varianten, aber ich hätte zu diesen Systemen gern mehr Informationen bekommen: Was bedeutet es finanziell für die Stadt? Was bedeutet es für die Eltern? Welcher Verwaltungsaufwand ist damit verbunden? So habe ich nur die Möglichkeit zuzustimmen oder nicht zuzustimmen. Das ist uns eindeutig zu wenig. Es tut mir schrecklich leid. Die Entscheidungsmöglichkeit des Stadtrats ist einfach nicht gegeben.

Im Fachausschuss gab es neun Änderungsanträge der Wohlfahrtsverbände, die man teilweise eingefangen hat. In den letzten zwei Tagen wurden noch einmal Gespräche geführt, um deren Wünsche mitzunehmen. Sonst hätte die Gefahr bestanden, dass auch noch einige der Wohlfahrtsverbände nicht in das Defizitgleichsystem eingetreten wären. Dann wäre es langsam kritisch geworden.

Wir werden diesem Antrag heute nicht zustimmen. Im Gesamtzusammenhang ist das völlig klar. Wir lehnen ihn ab, das habe ich auch im Ausschuss gesagt. Die Schreiben der Regierung von Oberbayern und des Bayerischer Kommunalen Prüfungsverbands (BKPV) bedeuten für uns keine Rechtssicherheit. Es ist eine Duldung mit dem Hinweis, dass dies in die Entscheidungsfreiheit der Landeshauptstadt München falle. Die Gefahr weiterer Klagen ist relativ groß.

Schwierig ist auch die verwaltungstechnische Umsetzung. Am 13. März, also in drei Wochen, fängt die erste Runde der Einschreibung an. Es ist verwaltungstechnisch nichts geregelt. Mir kann keiner weismachen, dass die Umsetzung der WJH vom Bildungs- und Sozialreferat innerhalb von drei Wochen funktioniert. Garantiert nicht! – (Beifall von CSU mit FREIE WÄHLER) – Auch die neue Möglichkeit des München-Passes bedeutet einen Verwaltungsaufwand, den wir nicht in der kurzen Zeit umsetzen können. Das neue Fördermodell ist kein System, das auf einer soliden Basis steht, sondern ein Baugerüst, das es dringend zu verändern gilt.

Ich widerspreche entschieden der Aussage, wir sollten ein eigenes Modell ausarbeiten, wenn wir dem Defizitausgleichssystem nicht zustimmen. Entschuldigung, das ist die Aufgabe der Verwaltung, nicht die Aufgabe des Stadtrats. Wir greifen nicht ins operative Geschäft ein und entscheiden dann darüber. – (Beifall von CSU mit FREIE WÄHLER) – Wir lehnen diesen Vorschlag ab, auch den Änderungsantrag von Rot-Grün. Danke schön! – (Beifall von CSU mit FREIE WÄHLER)

StRin Hübner:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Bei aller sonstigen Wertschätzung, Beatrix: Die Position der Fraktion CSU mit FREIE WÄHLER enttäuscht mich echt. – (Beifall von SPD/Volt und Die Grünen – Rosa Liste)

Ich kann mich in allen Punkten dem Vortrag von Sebastian Weisenburger anschließen. Ich habe nur eine kleine Korrektur und einige inhaltliche Ergänzungen. Die Korrektur ist: Die Stadt zahlt freiwillig 170 Mio. € Zuschüsse an die freien Träger. Zusätzlich geben wir noch einmal 100 Mio. € beim städtischen Träger aus, um die Qualität der frühkindlichen Bildung und die Gebührenfreiheit zu sichern. Insgesamt gibt die Stadt also 270 Mio. € im Jahr aus, um den Münchner Eltern gerecht zu werden. Eine Viertelmilliarde, das ist eine riesige Summe.

Mit der ehemaligen Bürgermeisterin Christine Strobl, die den Einstieg in die MFF gesetzt hat, fing es an. Jetzt geht es weiter. Der Weg zur Gebührenfreiheit wurde 2017 durch einen Antrag der damaligen SPD-Stadtratsfraktion geebnet. Lange Zeit herrschte in diesem Haus Konsens, dass wir

möglichst allen Eltern gebührenfreie und qualitativ hochwertige Kindertagesbetreuung in München anbieten wollen. – (Beifall von SPD/Volt und Die Grünen – Rosa Liste) Obwohl wir keine gute Lösung für alle haben, haben wir doch eine gute Lösung für die meisten. Sonst stünden auf dem Marienplatz heute 10 000 Eltern und nicht 50 bis 100. – (StRin Burkhardt: Das ist zynisch!) – Das muss ganz klar gesagt werden. – (Zwischenrufe – Unruhe)

Die Fachpolitikerinnen und Fachpolitiker der Regierungskoalition haben gemeinsam mit dem RBS und den Trägern zwei Jahre lang alles getan – (Beifall von SPD/Volt und Die Grünen – Rosa Liste) –, um auszutarieren, was rechtlich möglich ist und welche Rahmenbedingungen die Träger brauchen, damit sich möglichst viele beteiligen können. Ich habe heute den Zeitungen entnommen, dass die privaten Träger mit dem Großteil ihrer Einrichtungen dem neuen Defizitausgleichssystem beitreten werden. Es ist nicht so, dass sie flächendeckend aussteigen.

Ich sehe durchaus die Gefahr, dass ein kleiner privater Träger mit diesem System gegebenenfalls nicht zurechtkommt. Deswegen schärfen wir heute mit unserem Änderungsantrag die Härtefallregelung nach. Man kann Härtefälle jetzt auch am Ende eines Wirtschaftsjahres anzeigen. Wenn man sinnvoll begründen kann, warum man in ein Defizit gerutscht ist, soll das RBS dieses Defizit übernehmen, selbst wenn alle Förderbedingungen ausgereizt sind. Es ist alles getan worden, was möglich ist!

Und was hat die CSU gemacht? Zwei Jahre hat sie gar nichts getan. – (Beifall von SPD/Volt und Die Grünen – Rosa Liste) – Zwei Jahre hat der Freistaat tatenlos zugeschaut und die notwendige Rechtsgrundlage nicht geschaffen. – (Beifall von SPD/Volt und Die Grünen – Rosa Liste) – Der Freistaat hat dafür gesorgt, dass der Anteil der BayKiBiG-Finanzierung immer weiter gesunken ist, und zwar nicht erst in den letzten zwei Jahren, sondern auch schon in den Jahren zuvor. Wenn man nur 50 bis 60 % der Gesamtkosten finanziert, sorgt man dafür, dass die Eltern mehr bezahlen müssen.

Zu dem Vorwurf, wir hätten auch andere Lösungen vorschlagen müssen: Viele Lösungen waren rechtlich nicht möglich. – (Zwischenrufe) – Der in der Gemeindeordnung enthaltene Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit erlaubt nicht, dass wir Trägern, die 1.500 € im Monat verlangen, diese 1.500 € und dazu noch den Überschuss, den sie erwirtschaften wollen, überweisen. – (Beifall von SPD/Volt und Die Grünen – Rosa Liste) – Es geht einfach nicht! Deshalb wären die notwendige Gebührenbegrenzung und die Koppelung an die BayKiBiG-Förderung die Aufgabe des

Freistaats. Aber es wird nichts gemacht, weil man sich denkt: Sollen die in München ruhig allein mit ihren Problemen zurechtkommen, wir haben keine Lust, das zu regeln.

Ich kann den Schmerz aller Kinder und Eltern nachempfinden, die von ihrem Träger mitgeteilt bekommen haben, die Gebühren würden von 162 € auf 1.200 € steigen. Das ist angesichts der ohnehin schon hohen Kosten in München wirklich ein Drama. Die WJH ist keine Sozialhilfe, sondern sehr weitgehend und schaut individuell auf das Familieneinkommen. Nahezu alle Familien der Mittelschicht können davon profitieren. Das Sozialreferat hat zugesagt, eine zentrale Stelle für den München-Pass und die WJH einzurichten. Dort kann man sich beraten lassen und Hilfen beantragen. Für die allermeisten Eltern wird sich eine gute Lösung finden. Für die restlichen – es gehört zur Wahrheit, dass wir keine perfekte Lösung haben – wärt eigentlich Ihr zuständig. Es ist noch Zeit bis September. Kümmert Euch! – (Beifall von SPD/Volt und Die Grünen – Rosa Liste)

Noch ein paar Fakten zu den Befreiungstatbeständen: Wir werden im Sozialausschuss am 15.03.2024 die Einkommensgrenzen für den München-Pass noch einmal deutlich anheben. Es werden noch mehr Eltern als die 44 %, die schon jetzt im Rahmen der MFF keine Gebühren zahlen, unter die Freigrenze fallen. Vermutlich wird die Hälfte der Eltern 0 € zahlen, auch für Kinder in der Krippe. Die Geschwisterermäßigung hat Herr Weisenburger schon angesprochen. Die WJH geht noch einmal über die Hilfen des München-Passes hinaus.

Wir haben politisch das Notwendige getan. Wir haben mit den Trägern ein gutes Einverständnis erreicht. Wir respektieren die Vorschläge des Kinder- und Jugendhilfeausschusses und übernehmen sie heute in weiten Teilen. Es ist ein guter Tag für nahezu alle Münchner Eltern. Wir hoffen und werden unermüdlich daran arbeiten, dass wir allen Eltern gerecht werden. Jetzt liegt es an den großen privaten Trägern: Treten Sie mit den Einrichtungen, mit denen sie heute in der MFF sind, auch dem neuen Fördersystem bei! Sie haben noch Einrichtungen außerhalb des Defizitsystems, mit denen Sie schon heute Ihren Überschuss erwirtschaften. Es gibt für große private Träger keine Notwendigkeit, Einrichtungen aus dem Defizitsystem herauszunehmen, wenn sie heute schon in der MFF sind.

Wenn Münchner Eltern wirklich in existenzielle Probleme geraten, steht auch der Weg zu den Fraktionen immer offen. Wir versuchen, in jedem Einzelfall zu unterstützen. – (Beifall von SPD/Volt und Die Grünen – Rosa Liste)

– BM Krause übernimmt den Vorsitz. –

StRin Neff:

Herr Bürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Jetzt geht der Herr Oberbürgermeister, wo es spannend wird. – (BM Krause: Er kommt gleich wieder.) – Aber er wird mich schon hören.

Liebe Anne Hübner, bei aller Wertschätzung, die ich Dir entgegenbringe, muss ich sagen: Dein Beitrag hat mich sehr enttäuscht. – (Zwischenrufe, Unruhe) – Das war nicht die Diskussion, die wir normalerweise führen. Ich will auch nicht die dreistündige Debatte aus dem Kinder- und Jugendhilfeausschuss wiederholen, in der wir das alles deutlich gemacht haben.

Du hast gesagt, die Regierungsfractionen hätten zwei Jahre lang mit dem RBS und den Trägern diskutiert. Ich habe nachweislich seit letztem September versucht, vom RBS Informationen zu bekommen, inwieweit überhaupt etwas gediehen ist. Ich habe keine Antwort erhalten. Man geht nicht einmal ans Telefon. – (Beifall von der rechten Seite des Hauses) – Im Januar haben wir dann die nichtssagende Antwort bekommen, es sei in Arbeit. Herrschaftszeiten!

Ich erinnere an die MFF. Du hast Christine Strobl erwähnt. Ja, das war eine Zusammenarbeit. Ich erinnere daran, wie lange wir an der MFF gearbeitet haben, und zwar zusammen mit allen Trägern. Wir haben uns mindestens einmal im Monat getroffen, haben viel verworfen und es noch einmal auf die Reihe gebracht. Wir haben gemeinsam nach Lösungen gesucht. Das war hier nicht der Fall. Jetzt wird uns ein System vorgeknallt. Drei oder vier Tage vor dem Ausschuss werden die Fraktionssprecher zusammengerufen. Da wird uns das Defizitgleichssystem mit einer Folie vorgestellt – und das war es dann!

Die Eltern sagen mir: Ein städtischer Kita-Platz ist wie ein Sechser im Lotto. Wir befinden uns leider Gottes in einer Mangelverwaltung, weil die Stadt es über Jahre hinweg versäumt hat, – (Beifall von CSU mit FREIE Wähler und FDP BAYERNPARTEI) – städtische Kitas zu errichten. Und was haben wir in unserer Not getan? Wir haben freie Träger – und zwar freie private und nicht nur freie gemeinnützige Träger – in die Förderformel aufgenommen, um diesen Mangel auszugleichen.

Ich will ein paar Zahlen nennen, auch wenn ich nicht mehr die Argumente aus dem Kinder- und Jugendhilfeausschuss wiederholen will. Das kann jeder im Protokoll nachlesen. Nehmen wir den Betreiber Babilou Family Deutschland GmbH, der in Freiam den Großteil der Versorgung stemmt. Von seinen momentan 4 000 Plätzen nimmt er noch mit 2 400 Plätzen an der Münchner Förderformel teil.

Die privaten Träger betreiben heute ca. 15 000 Kita-Plätze im Münchner Stadtgebiet, davon mehr als die Hälfte mit der Münchner Förderformel. Sie werden aussteigen, weil sie nach einer Auflage des Finanzamts eine Gewinnerzielungsabsicht vorweisen müssen. Deswegen sind sie keine schlechten Kitas. Aber es sind Unternehmen, die Gewinn erwirtschaften müssen, da sie ihre Investitionskosten selbst tragen müssen.

Freunde, ich bin jederzeit bereit, gemeinsam nach neuen Lösungen zu suchen. Wir sind gerade dabei, auch rechtlich zu prüfen, welche Möglichkeiten es noch geben würde. Zugegebenermaßen ist die Regierungskoalition im Bayerischen Landtag nicht sehr kooperativ. Das mussten wir selbst erfahren, als wir im Landtag Anträge zum BayKiBiG gestellt haben, das schon lange überarbeitet werden müsste.

Aber auch das Defizitausgleichsmodell bietet keine Rechtssicherheit. Das klang sowohl in dem Schreiben des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband als auch im Schreiben der Regierung von Oberbayern durch. Die hält sich raus. Wir aber werden weiterhin die Frage haben, die das Urteil gegen die Förderformel aufwirft: Wo ist der Gleichheitsgrundsatz? Wo wird die Berufsausübungsfreiheit eingeschränkt? Das neue Modell beeinflusst den Wettbewerb.

Ich bitte auch den Herrn Oberbürgermeister – auch wenn er jetzt nicht mehr da ist –, sich mit den Zahlen auseinanderzusetzen, wie viele Plätze auf der Kippe stehen. Ich habe am Montag erfahren, dass sich auch viele kirchliche Träger zurückziehen.

Wir sind permanent im Austausch und gern bereit, uns mit Euch an einen Tisch zu setzen. Doch wir haben nichts von Euch gehört. Wir wurden nicht eingeladen. Du kannst Dich zwar auf Christine Strobl berufen, aber damals haben wir alles gemeinsam ausgehandelt. Es hat über zwei Jahre gedauert, bis wir die Münchner Förderformel unter Dach und Fach hatten. So hätte ich mir das auch hier vorgestellt. Uns zu beschimpfen, dass wir die Eltern im Stich lassen, bringt überhaupt nichts. Es bringt den Eltern nichts. Vielmehr suchen wir nach Lösungen und ich biete Euch nach wie vor die Zusammenarbeit an. Ihr streckt nicht die Hand aus, sondern Ihr wollt etwas durchsetzen, was Ihr von Anfang an im Kopf gehabt habt. Das hat nichts damit zu tun, gemeinschaftlich und über alle Fraktionsgrenzen hinweg nach Lösungen für die Menschen in dieser Stadt zu suchen. – (Beifall von FDP BAYERNPARTEI und CSU mit FREIE WÄHLER)

StR Lechner:

Sehr geehrte Bürgermeister*innen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde die Beiträge ziemlich erschütternd. Reden wir eigentlich über die qualitative Unterbringung und Förderung von Kindern oder reden wir über Gewinne und Wettbewerbe? Was ist das Thema? Im Grunde haben wir ein systemisches Problem: Wenn Einrichtungen für Kinder Gewinnerzielungsabsichten verfolgen und sich dem Wettbewerb stellen müssen, dann ist das genauso falsch, wie wenn Krankenhäuser das tun müssen. Hier geht es um die soziale Grundversorgung unserer Gesellschaft. In einer sich verschärfenden finanziellen Lage soll es Menschen, die es sich nicht leisten können, ermöglicht werden, ihre Kinder gut zu versorgen und unterzubringen. Die CSU macht es sich sehr einfach: Sie schleicht sich aus der Verantwortung, die sie als Staatsregierung hat und zu der auch gehört, die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Der zweite Punkt ist, dass Kitas mit Gewinnerzielungsabsicht gegen die bisherige Förderformel geklagt und sich damit wohl selbst ins Knie geschossen haben. Denn sie sind nun wieder diejenigen, die nicht zufrieden sind und vermutlich erneut klagen werden. Auf diese Weise kommt man nicht weiter.

Meine Kolleginnen und Kollegen aus dem Kinder- und Jugendhilfeausschuss können bestätigen, dass ich bei diesem Thema üblicherweise sehr kritisch bin. Wir brauchen unsere Trägerlandschaft und die gute Zusammenarbeit mit den sozialen Trägern. Wir hofieren sie immer dann, wenn es einfach ist. Doch sobald es ein Problem gibt, werden wir normalerweise schnell misstrauisch. Ich sage das explizit so, weil ich im vorliegenden Fall eine andere Beobachtung mache.

Auch meine Fraktion hat im Dezember angesichts der zwei Jahre, die vergangen sind, das Ausbleiben der Vorschläge kritisiert und in einem Dringlichkeitsantrag gefordert, dass etwas vorgehen muss. Aber Ihr könnt doch nicht einfach die Augen und Ohren vor den Gründen für die lange Wartezeit verschließen. Gerichtsurteile waren noch nicht schriftlich ausgefertigt, deren Ergebnisse wir kennen mussten, um entsprechende und passende Lösungen zu stricken. So sehr es mich selbst schmerzt und so sehr auch ich mir eine schnellere Lösung gewünscht hätte, gehören diese Tatsachen zur Wahrheit, die man nicht einfach aus populistischen Gründen, weil Eltern protestieren, weil man Wähler*innen hat, vom Tisch wischen kann. So geht es nicht. Wir müssen bei der Wahrheit bleiben! – (Beifall von DIE LINKE./Die PARTEI und SPD/Volt)

Ja, das neue Modell ist kurz vor knapp erarbeitet worden. Aber es war ein guter Prozess, bei dem wir uns schon vor den Ausschüssen austauschen konnten. Ich bin irritiert, dass wir quasi eine

Woche später plötzlich komplett anders reden als vorher. Das verstehe ich nicht. Es gibt viele Fragen und Unklarheiten, bei denen wir im Nebel stochern. Aber wir müssen eine Regelung finden. Was davon am Ende wieder beklagt oder Bestand haben wird, wissen wir nicht. Aber wir benötigen eine gute Regelung, damit wir überhaupt weitermachen können und nicht noch mehr in die soziale Schräglage kommen. Das ist die Ausgangssituation, die uns als verantwortungsbewusste Politiker*innen eigentlich gemeinsam umtreiben müsste.

Dann gibt es die Trägerinnen und Träger, die sehr laut waren, auch wenn mit ihnen geredet wurde. In der ersten Sitzung habe ich gesagt: Offensichtlich wurde nicht gut geredet, da neun Änderungsanträge kamen. Aber immerhin haben wir in dieser Sitzung drei Stunden diskutiert und dann die Hälfte von diesen neun Änderungsanträgen gemeinsam auf den Weg gebracht. Über den Rest wurde gestritten und diskutiert. Das übliche Prozedere wäre gewesen, jetzt nochmals die ursprünglichen Anträge zur Abstimmung zu stellen, weil der Kinder- und Jugendhilfeausschuss ein Fachausschuss ist. Was mich oft stört, ist das Misstrauen gegenüber unseren Fachleuten. Hier ist das Misstrauen endlich einmal abgebaut worden. Das finde ich wirklich gut. Ich finde auch gut, dass bis zur letzten Minute verhandelt wurde.

Der Änderungsantrag von SPD/Volt und Die Grünen – Rosa Liste hat mich selbst überrascht. Ich stimme ihm aber zu, weil er die letzten Bedenken ausräumt und die Änderungsanträge der Träger obsolet macht. Dafür ein Dankeschön, weil der Prozess zeigt, wie Demokratie funktioniert! Wenn wir uns gegen den Rechtsruck und gegen die sozialen Missstände als Demokrat*innen verhalten wollen, dann müssen wir bis zur Schmerzgrenze reden; dann müssen wir bis Mitternacht reden und nach Lösungen suchen, solange es geht. In diesem Fall finde ich das Ergebnis explizit gut – als jemand, der sonst immer sehr kritisch ist. Ich finde es gut, dass sich die Regierungskoalition bewegt hat. Ich finde es auch gut, dass mit dem Änderungsantrag eine neue Ziffer 14 eingefügt werden soll: Damit ermöglichen wir uns eine Flexibilität, über die Härtefallregelung nachzudenken, weil es noch so viele Fragezeichen gibt.

Wir müssen einfach loslegen. Wichtig ist, dass es jetzt für einen Großteil der Eltern und Einrichtungen Sicherheit gibt. Der Rest wird sich zeigen, wenn die entsprechenden Verfahren oder Einsprüche kommen. Das kann man nicht ändern. Aber wir haben eine gute Flexibilität.

Es war kompliziert, bei den acht Änderungsanträgen von der SPD/Volt und Die Grünen – Rosa Liste sowie den neun Änderungsanträgen der Träger den Überblick zu behalten. Jetzt gibt es einen weiteren Änderungsantrag. Es ist auch immer eine Kunst, am Ende eine Regelung zu

treffen, die nicht überbürokratisiert ist. Wir müssen natürlich so viel Sicherheit wie möglich schaffen, aber auch Regelungen anbieten, die einen flexiblen Gestaltungsspielraum zulassen. Die Betonung liegt dabei auf Flexibilität. Auch da finde ich, das Ergebnis ist jetzt flexibler geworden, als es anfangs aussah – danke nochmals, dass man sich bewegt hat.

Ich war gestern auf einer Veranstaltung der Pfennigparade, bei der unter anderem auch über Änderungen im SGB VIII und SGB IX, über die Zusammenführung der Behinderteneingliederungshilfe gesprochen wurde. Bei diesem Anlass wurde kritisiert, dass unsere Verwaltung überbürokratisiert sei. Wir haben einen Fachkräftemangel und diese vielen Regelungen sind einfach nicht gut. Wir brauchen flexible Lösungen, bei denen viel eigenständig entschieden werden kann und die Ermessensspielraum zulassen.

Die im Kinder- und Jugendhilfeausschuss vertretenen Träger signalisieren vorerst: So können wir es versuchen. Ich hoffe, dass wir auf diesem konstruktiven, kommunikativen gemeinsamen Weg bleiben, denn wir brauchen Lösungen für die Eltern und dürfen nicht den Wahlkampf auf ihrem Rücken austragen. – (Beifall von DIE LINKE./Die PARTEI, SPD/Volt und Die Grünen – Rosa Liste)

StR Babor:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich über die Redebeiträge von Die Grünen – Rosa Liste und SPD/Volt gewundert. Sie betreiben Augenwischerei! Lieber Sebastian, Ihr bietet keinen ausgestreckten Arm, sondern eine Mangelverwaltung. Im Prinzip stellt die Situation für den Großteil der Eltern eine Katastrophe dar. – (Unruhe)

Der eigentliche Punkt ist: Die Schaffung von Kindergartenplätzen ist eine kommunale Pflichtaufgabe. – (Beifall von CSU mit FREIE WÄHLER und FDP BAYERNPARTEI) – Gerade Ihr, liebe SPD, regiert seit Jahrzehnten in dieser Stadt. Warum gibt es nicht genügend Kindergartenplätze? Es ist die Aufgabe der Landeshauptstadt München, dafür sorgen. – (Heiterkeit) – Seht Ihr das nicht als kommunale Pflichtaufgabe? Das ist gesetzlich so geregelt. Darüber zu lachen ist ein Armutszeugnis!

Weil es nicht genügend Kindergartenplätze gibt, musste man sich mit privaten Trägern behelfen. Das ist insoweit in Ordnung. Dann wurde versucht, über ein diverses Förderungsmodell eine Lösung zu finden, was nicht funktioniert hat. Ärgerlich ist – und auch hier betreibt Ihr eine gewisse

Augenwischerei –, dass man nach dem Urteilsspruch zu lange, nämlich zwei Jahre, gebraucht hat, um eine andere Lösung zu finden.

Jetzt wird das Argument vorgebracht, man habe das Urteil abwarten müssen. Aber solch ein Urteil wird relativ schnell schriftlich abgefasst. Das dauert keine zwei Jahre und man kann es notfalls auch vom Gericht anfordern. Stadträtin Dr. Menges hat es gesagt: Die entscheidenden Gründe werden auch schon in der mündlichen Verhandlung bei der Urteilsbegründung vorgetragen.

Sehr ärgerlich ist, dass die Zeit nicht genutzt wurde, um gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Wenn man selbst nicht genügend eigene Kindergartenplätze zur Verfügung stellt, dann muss man sich gemeinsam etwas überlegen. Stattdessen wurde im Hintergrund versucht, eine Lösung zu finden. Kurz vor Toresschluss wurde dann irgendetwas präsentiert. So kann man bei einem so elementar wichtigen Thema nicht vorgehen. – (Beifall von CSU mit FREIE WÄHLER und FDP BAYERNPARTEI)

Es geht um zwei Punkte: Wir reden heute über die Förderung. Aber das grundsätzliche Problem besteht darin, mehr Kindergartenplätze zu bekommen. Dann kommt von Euch der Hinweis: Es gibt diesen Kita-Finder, da könnt Ihr Euch anmelden. Schön und gut, aber die Eltern finden darüber keinen Kindergartenplatz. – (StRin Hübner: Die meisten schon!) – Ich kenne genügend Fälle, bei denen es nicht so ist. Insofern sind die Eltern angewiesen auf andere Lösungen. Das als „ausgestreckten Arm“ darzustellen, halte ich für schräg.

Letztlich ist es eine kommunale Pflichtaufgabe der Landeshauptstadt, genügend Kindergartenplätze anzubieten. Ich bitte darum, dass wir künftig gemeinsam daran arbeiten, diesen Mangel zu beheben. – (Beifall von CSU mit FREIE WÄHLER und FDP BAYERNPARTEI)

StRin Hübner:

Nachdem jetzt die absoluten Experten gesprochen haben – (Heiterkeit und Beifall von SPD/Volt und Die Grünen – Rosa Liste) –, sage ich auch noch einmal, was mir auf der Seele liegt. Herr Babor, Sie haben gerade gesagt, dass wir gemeinsam daran arbeiten müssen. Ja, die Stadt tut, was sie kann, und stellt eine Viertelmilliarde Euro zur Verfügung. Alles, was wir bräuchten, um den letzten 10 % der Eltern gerecht werden zu können, wäre eine gesetzliche Regelung des Freistaa-tes Bayern. – (Beifall von SPD/Volt, Die Grünen – Rosa Liste und DIE LINKE./Die PARTEI) – Noch haben Sie ein paar Monate Zeit. Wir hoffen das Beste.

Aber ich gebe mich keinen falschen Hoffnungen hin, weil die CSU im Moment nur noch rein populistisch und überhaupt nicht mehr sachlich oder fachlich arbeitet. Da wird in jedem Ausschuss jemand gesucht, dem man mit lautem Gebrüll Recht geben kann. Da werden an der einen Stelle Bürgerbegehren übernommen, an die man sich später nicht mehr gebunden fühlt, und an anderer Stelle wird gegen Unterkünfte von Geflüchteten gestimmt – aber immer nur dort, wo es vor Ort eine Protestinitiative gibt.

In unserem Fall kam fachlich über zwei Jahre einfach nichts: keine einzige schlüssige Idee, kein einziger Alternativvorschlag. Stattdessen gibt es nur Gemotze und dumme Sprüche. Natürlich kann man es sich als Opposition einfach machen, aber angesichts der Relevanz des Themas hätte ich mehr erwartet. Was Sie machen und wie Sie reden, ist demokratieschädigend und hilft den Eltern in München kein Stück weiter. – (Beifall von SPD/Volt, Die Grünen – Rosa Liste und DIE LINKE./Die PARTEI)

– OB Reiter übernimmt den Vorsitz. –

StR Weisenburger:

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, Ihr habt mit Alexandra Gaßmann und Bea Burkhardt zwei Stadträtinnen, die bei diesem Thema absolute Expertinnen sind. Auch wenn ich mit ihnen nicht immer einig bin, kann ich mich mit ihnen fachlich sehr gut austauschen. Ich weiß nicht, ob es nützlich für Euch ist, fachfremde Personen ans Redepult zu lassen. – (StR Kaum: Die Hälfte von Euch hat keine Berufsausbildung! – Heiterkeit) – Genau solche Zwischenrufe beweisen den Populismus und Trumpismus sowie die Vergiftung des politischen Klimas, die Frau Hübner angesprochen hat! Schaut, was auf der Leinwand hinter dem Oberbürgermeister eingeblendet steht: „Wertschätzende Kommunikation“. Die praktiziert Ihr nicht!

Ich komme wieder auf die sachliche Ebene zurück. Laut RBS wurde der Entwurf der Richtlinie im August letzten Jahres an alle Fraktionen verschickt. Liebe Gabi Neff, wenn Ihr zwischen August und heute nicht in der Lage seid, auf diesen Entwurf mit einer angemessenen Diskussion oder einem Gegenvorschlag zu reagieren, dann werdet Ihr es auch nicht schaffen, wenn wir noch ein halbes Jahr dranhängen. – (Beifall von Die Grünen – Rosa Liste und SPD/Volt)

Ja, München bräuchte mehr Kita-Plätze. Aber es ist auch richtig, dass das Personal momentan nicht auf dem Markt ist. Wer sich mit dem Thema ein bisschen auskennt, weiß, dass wir bei der Stadt rund 500 offene Stellen für Erzieherinnen und Erzieher haben. Die Stellen sind genehmigt

und finanziert. Die Plätze sind baulich vorhanden. Wenn ich pauschal einen Betreuungsschlüssel von 1:8 ansetze, haben wir 4 000 Kitaplätze im System, die eigentlich da sind, für die wir aber kein Personal finden.

Ich bitte darum, sich inhaltlich mit der Arbeit auseinanderzusetzen, die wir als SPD/Volt und Die Grünen – Rosa Liste leisten. Zum Beispiel haben wir seit Beginn der Legislaturperiode über 500 neue Ausbildungsplätze für Erzieherinnen und Erzieher geschaffen. – (Beifall von Die Grünen – Rosa Liste und SPD/Volt) – Übrigens handelt es sich dabei um 500 vergütete Ausbildungsplätze, während nach der gesetzlichen Regelung des Freistaats Bayern die Auszubildenden nur zwei Jahre der fünfjährigen Erzieher*innenausbildung bezahlt werden. Wie kann man in einem Mangelberuf so etwas Absurdes machen? Es nervt mich, dass wir als Stadt eine Lücke nach der anderen schließen müssen, die das Land offenlässt, und uns dafür auch noch blöd anreden lassen müssen! – (Beifall von Die Grünen – Rosa Liste und SPD/Volt)

StR Pretzl:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Ich verstehe die hohe Emotionalität, insbesondere bei den Regierungsfractionen, wenn unten vor dem Rathaus Leute mit Schildern demonstrieren, auf denen steht: „Wollen Grün und Rot nicht mehr, dass Frauen in die Arbeit gehen können? Wollen Grün und Rot nicht mehr, dass Kinder eine soziale Teilhabe im Kindergarten haben?“ Ich kann nachvollziehen, dass einem solche Schilder wehtun, wenn man diese Anliegen jahrelang vor sich hergetragen hat.

Aber, Frau Kollegin Hübner, was Sie heute hier vorgetragen haben, ist genau das Gegenteil von dem, was Sie in Ihrem letzten Satz gesagt haben. Sie haben kein einziges inhaltliches Argument gebracht, Sie haben dem Kollegen Babor die Kompetenz abgesprochen. Ich habe einmal in einer Vollversammlung im November eine Kompetenzfrage gestellt. Da waren Sie die Erste, die sich furchtbar über diesen Umgang miteinander aufgeregt hat. Es sei unkollegial, die Kompetenzfrage zu stellen. Aber genau das haben Sie jetzt selbst getan. Sie sind mit Beschimpfungen auf unsere Fraktion losgegangen, haben dann aber ein höheres Debattenniveau gefordert und dem Kollegen Weisenburger Recht gegeben, der auf die eingelebete Ermahnung zu einem guten Umgang hingewiesen hat.

Ich bitte darum, gewisse Umgangsformen einzuhalten, auch wenn man politisch getroffen ist und es einem schwerfällt. Sie haben gesagt, unser Verhalten sei demokratiegefährdend. Tatsächlich ist Ihre Schimpftirade, in der es überhaupt nicht mehr um eine fachliche Argumentation oder um die

Frage ging, ob wir dieses oder jenes Modell wollen, demokratiegefährdender als eine sachliche Auseinandersetzung, Frau Kollegin Hübner. Ich bin auch nicht immer frei von Emotionen, das gebe ich zu, aber Ihr heutiger Beitrag war keine Glanzleistung – zumal Sie selbst ein solches Verhalten in der Vergangenheit immer massiv kritisiert haben.

Kollege Weisenburger, ich habe gerade bei den Kolleginnen nachgefragt. Beide haben mir gesagt, dass Ihnen im letzten August kein Entwurf zugegangen ist. Vielleicht wurde der auch nur an die Regierungsfraktionen geschickt. Ich weiß es nicht, aber das lässt sich alles klären. Allerdings bitte ich darum, dass wir, auch wenn es politisch für den einen oder anderen unangenehm ist, bei einem Umgang bleiben, den dieses Rathaus verdient hat. Vielen Dank! – (Beifall von CSU mit FREIE WÄHLER und FDP BAYERNPARTEI)

StR Babor:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich sitze nicht in den Ausschüssen, das ist richtig, aber dass Sie einem Familienvater die Kompetenz absprechen, verrät die Arroganz Ihrer Politik. – (Beifall von CSU mit FREIE WÄHLER) – Wir haben eine Vielzahl an Eltern hier in München, denen Sie damit auch die Kompetenz absprechen, über solche Fragen zu sprechen. Arroganter geht es nicht mehr. Kümmern Sie sich lieber darum, genügend Kindergartenplätze zur Verfügung zu stellen! Vielen Dank! – (Beifall von CSU mit FREIE WÄHLER)

StRin Neff:

Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister, dass Sie jetzt wieder da sind. Ich hatte ein paar Vorschläge gemacht. Sie können im Protokoll nachlesen, worum ich Sie gebeten habe.

Manuel Pretzl ist schon darauf eingegangen: Diese Diskussion als „demokratieschädigend“ einzustufen, halte ich für sehr grenzwertig. Um wertschätzende Kommunikation handelt es sich auch nicht mehr. Wir sind gewählt, um für die Menschen das Beste zu erreichen.

Ich war wie vom Donner gerührt, als ich gehört habe, dass ich im August Vorschläge erhalten haben soll. Ich habe sie nicht bekommen. – (StRin Hübner: Mails lesen!) – Entschuldigung, keine Mail! Und unsere Fraktion ist immer mit Mitarbeitern besetzt. Schauen Sie bitte nach, wann Sie was geschickt haben. Das hätte ich gern gewusst, dann nehme ich meinen Vorwurf zurück. Ich habe auf meinem Schreibtisch nichts vorgefunden.

Zudem möchte ich noch etwas zu der Forderung sagen, man solle Fachfremde nichts ans Mikrofon lassen. Ich werde Euch in Zukunft bei anderen Gelegenheiten, in anderen Ausschüssen und Diskussionen darauf hinweisen, was fachfremd ist und was nicht. – (Beifall von CSU mit FREIE WÄHLER und FDP BAYERNPARTEI)

StR Lechner:

Wenn wir jetzt mit dem Bashing und den Beschimpfungen fertig sind, möchte ich noch einen fachlichen Hinweis geben. Ich wollte ursprünglich auf Seite 5 des Referentenantrags die neue Ziffer 3 ablehnen. Jetzt ist dieser Aspekt aber durch Ziffer 13 neu des Änderungsantrags von SPD/Volt und Die Grünen – Rosa Liste zufriedenstellend geregelt. Herr Referent, ich möchte darauf hinweisen, dass sich die neue Ziffer 3 der Vorlage durch den neuen Punkt 13 im Änderungsantrag erledigen wird und daher zurückgenommen werden müsste.

Bei so vielen Änderungsanträgen war es für mich schwer, den Beschluss der beiden Fachausschüsse nachzuvollziehen. Wenn wir uns schon so heftig gestritten haben, ist es mir wichtig, am Ende einen Beschluss zu haben, den alle verstehen. So können wir im September, wenn es die nächsten Klagen gibt, nachschauen und unsere Ergebnisse rekapitulieren.

StRin Odell:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte auf die bisherige Debatte eingehen, die mich betroffen gemacht hat. Im Dezember haben wir im Kinder- und Jugendhilfeausschuss stundenlang über dieses Thema und viele Änderungsanträge diskutiert. Danach haben wir eine Lösung für die Hilfestellungen in der Übergangszeit gefunden, bei der alle mitgehen konnten. Ich habe das damals als „Fest der Demokratie“ bezeichnet. So sollten demokratische Debatten unter Fachpolitikerinnen und -politikern funktionieren.

Auch in der Sitzung des Kinder- und Jugendhilfeausschusses vor dieser Vollversammlung haben wir miteinander gerungen und über viele Änderungsanträge diskutiert. Wir haben uns politisch, fachlich und inhaltlich gestritten und nicht wie heute ad hominem über die Frage diskutiert, wer welche Berufsausbildung hat. Gerade haben wir über Dinge geredet, die nicht der Kern der Sache sind. Das ist keine fachliche Debatte. Dieser Hinweis muss erlaubt sein. Es ist schade, nach der sehr guten Diskussion im Kinder- und Jugendhilfeausschuss heute eine so populistische Debatte zu erleben. – (Beifall von SPD/Volt und Die Grünen – Rosa Liste)

BMin Dietl:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es wird Sie nicht überraschen, dass auch ich mich zu diesem Thema einbringe. Wir haben schwierige Zeiten hinter uns. Es ist keine einfache Aufgabe, Familien mit unserer geliebten Münchner Förderformel, hinter der wir alle stehen, entlasten zu wollen. Wie wir alle wissen, ist es nicht die Schuld der Stadt, dass wir dies nicht mehr umsetzen können. Aufgrund einer Klage sind wir dazu angehalten, dieses System zu verändern. Heute habe ich viel darüber gehört, was uns unterstellt wird, und was wir den Eltern anlasten wollen. Wir hätten sie angeblich nicht gut informiert und der Zeitkorridor sei zu eng.

Ich kann Sie beruhigen: Wir haben die zwei Jahre sehr intensiv genutzt, um mit dem Freistaat, der uns diese Vorgaben macht, ins Gespräch zu kommen und uns darüber auszutauschen, wie wir ein System zur Entlastung möglichst vieler Eltern entwickeln. Wir haben das Versprechen gegeben, dass wir Kindergärten kostenfrei stellen und die Angebote der übrigen Einrichtungen möglichst kostengünstig gestalten. Es wäre schön, wenn sich alle Ebenen endlich auf diesen Weg einigen könnten.

Wir wollen die Familien entlasten. Deswegen schütten wir eine zusätzliche freiwillige Förderung von 170 Mio. € an alle Träger aus. Unser Anspruch ist es, unsere Kinder nicht nur in Betreuungs-, sondern in Bildungseinrichtungen zu schicken. Es wäre angebracht, wenn der Freistaat dies anerkennen und uns endlich das Geld dafür geben würde. – (Beifall von SPD/Volt und Die Grünen – Rosa Liste)

Um es deutlich zu sagen: 60 % sind zu wenig. Das geht nicht nur der Großstadt München so. Von den Kolleginnen und Kollegen in anderen Kommunen weiß ich, dass das nicht auskömmlich ist. Wenn keine kommunale Förderung möglich ist, müssen die restlichen 40 % auf die Eltern umgelegt werden. Es ist nicht schön, wenn man nicht alle Eltern und Familien zufriedenstellen kann. Aber wir stehen zu unserem Versprechen, die Familien in dieser teuren Stadt weiterhin zu unterstützen. Bisher wurden 95 % von der Münchner Förderformel erfasst. Liebe Eltern, ich hoffe, dass durch unsere Nachbesserungen nun auch diejenigen Einrichtungen erfasst werden, die Ihnen in Briefen angekündigt haben, nicht mehr dabei zu sein. Wir bringen heute ein System auf den Weg, das zumindest einen Großteil der Familien absichert.

Auch ich habe vorhin auf dem Marienplatz mit den Eltern diskutiert. Die Alternative wäre, alle Familien zu belasten. Ein solches System müssen leider andere Kommunen anwenden, die es sich finanziell nicht mehr leisten können, die restlichen 40 % abzudecken und die Familien zu entlasten.

Ich halte es für unsolidarisch, heute nichts zu beschließen. Die Wahrheit ist, dass wir definitiv kein System für alle finden werden, weil wir die Vorgaben des Freistaats umsetzen müssen. Also sollten Sie nicht an uns, sondern an den Freistaat, der die Gesetze macht, appellieren. Die Landeshauptstadt München kann nur die Vorgaben umsetzen. Obwohl wir ein System gefunden haben, das die meisten Familien einschließt, sind wir sehr besorgt über die Auswirkungen auf die Familien und die Eltern. In den Redebeiträgen der Regierungsfractionen wurde deutlich, dass uns das nicht unberührt lässt.

Für uns ist es wichtig, eine gute Lösung zu finden. Deshalb hoffe ich nach wie vor, dass die Einrichtungen, die bisher von der Münchner Förderformel berücksichtigt wurden, einen Weg finden, in das Defizitenausgleichsverfahren einzusteigen. Bei den Familien, die trotz der höheren Kosten in den privaten Einrichtungen bleiben wollen, werden wir weiterhin die Wirtschaftliche Jugendhilfe anwenden. Wegen des höheren Bedarfs muss eine Anlaufstelle eingerichtet werden. Dafür gibt es eine definitive Zusage der Verwaltung. Ich habe viele Zuschriften von Eltern bekommen, die die Wirtschaftliche Jugendhilfe nicht erhalten. Wegen der zu erwartenden höheren Kosten kann ich Sie nur darum bitten, die Jugendhilfe nochmals berechnen lassen. Dabei geht es nicht um die Bemessungsgrenzen für Menschen mit München-Pass oder um Nullzahler, sondern um die Subvention höherer Kosten durch die Wirtschaftliche Jugendhilfe.

Ich möchte mich sehr herzlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bedanken. Wir haben in einem zweijährigen intensiven Prozess mit der Regierung von Oberbayern und dem Freistaat Bayern über ein Thema diskutiert, das nicht nur die Landeshauptstadt München betrifft. Ich hätte erwartet, dass der Freistaat diese Zeit nutzt und erkennt, dass die Kindertagesbetreuung durch das Bayerische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz (BayKiBiG) nicht auskömmlich finanziert ist. Das hätte uns wirklich entlastet. Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht und wollen heute das einzige Verfahren auf den Weg bringen, zu dem die Regierung von Oberbayern ihre Zustimmung signalisiert hat.

Ich bin heute oft gefragt worden, warum wir so wenig Zeit haben und das Verfahren nicht weiter hinauszögern können. Der Zeitkorridor ist nicht zufriedenstellend, aber das liegt nicht an uns. Wir haben uns bereits im Sommer mit Vorschlägen an die Regierung gewandt. Einen Tag vor Weihnachten wurde mir schriftlich mitgeteilt, dass wir dieses System auf den Weg bringen können. Nach Weihnachten haben wir über die Details des Verfahrens diskutiert. Viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben Tag und Nacht gerechnet, ob es überhaupt möglich ist. Mir kommt manchmal zu kurz, wie intensiv wir uns eingebracht haben. – (Beifall von SPD/Volt und Die Grünen – Rosa Liste) – Deshalb

kann ich den Vorwurf, die Verwaltung habe nicht gehandelt, so nicht stehen lassen. – (Beifall von SPD/Volt und Die Grünen – Rosa Liste)

Ich bin den Regierungsfractionen sehr dankbar, dass es uns nach den bereits erwähnten intensiven und emotionalen Debatten in den Ausschüssen und in vielen Gesprächen gelungen ist, mit dem heutigen Änderungsantrag nochmals Anpassungen vorzunehmen. Dadurch könnte noch einmal Bewegung in die Sache kommen, damit sich weitere private Träger dem Defizitausgleichsverfahren anschließen. Übrigens gibt es auch schon Rückmeldungen von privaten Einrichtungen, die im Defizitausgleichsverfahren bleiben wollen.

Die Verweigerungshaltung enttäuscht mich sehr. Damit lässt man alle Eltern im Stich und zeigt ihnen, dass man keine Idee hat und es einem egal ist, wenn sie in Zukunft mehr zahlen müssen. Das ist kein Kompromissvorschlag, sondern Planlosigkeit. Ich erhoffe mir, dass die Energie, die in die Ablehnung investiert wird, stattdessen in einen Appell an den Freistaat fließt, damit die Stadt die Gebühren deckeln darf und der Kindergartenbesuch kostenlos bleibt. Machen Sie sich endlich stark für ein auskömmliches BayKiBiG! Das wäre eine sinnvolle Aufgabe! – (Beifall von SPD/Volt und Die Grünen – Rosa Liste)

StSchR Kraus:

Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte! Ich möchte noch einige Unklarheiten aufklären: Der Entwurf der Zuschussrichtlinie wurde am 16. August 2023 an alle Fraktionen verschickt. – (Beifall von Die Grünen – Rosa Liste) – Der Versand wurde per E-Mail an die Fraktionsadressen vorgenommen, weil uns klar war, dass viele Stadträtinnen und Stadträte im August im Urlaub sind. Damit wollten wir sicherstellen, dass die Weitergabe an die interessierten Fachpolitiker*innen in den Fraktionen erfolgt.

Zum Thema der fehlenden Kita-Plätze möchte ich nur mitteilen, dass die Stadt seit Beginn des Rechtsanspruchs 245-mal verklagt wurde, aber kein Hauptverfahren verloren hat. Also erfüllt die Stadt im Wesentlichen den Rechtsanspruch.

Hinsichtlich der Thematik des Defizitfördersystems weise ich darauf hin, dass gut 2 000 Gemeinden in Bayern eine solche Fördersystematik anwenden. Das ist keine Erfindung der Landeshauptstadt München, sondern sie basiert auf einem Musterdefizitvertrag des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbands, der den Gemeinden diese Fördersystematik empfiehlt.

Ich möchte jetzt nicht auf die einzelnen Regelungen der Zuschussrichtlinie eingehen. Angesichts der fehlenden rechtlichen Vorprüfung ist es mir jedoch ein Anliegen, auf Ziffer 13 neu im Änderungsantrag hinzuweisen, damit wir nichts unter falschen rechtlichen Bedingungen beschließen. In diesem Punkt wird das Referat für Bildung und Sport beauftragt, die Richtlinie so anzupassen, dass eine einrichtungsübergreifende Abrechnung der Verpflegungsförderung möglich wird. Dies stellt eine komplett neue Fördersystematik dar, weil sie trägerbezogen und nicht wie bisher kind- bzw. einrichtungsbezogen ist. Das heißt, die Verwaltung müsste eine neue Fördersystematik aufstellen. Ich kann nicht vorhersagen, ob wir das bis zum 1. September in den Griff bekommen, und kann auch nicht versprechen, dass dies ohne personellen Mehraufwand möglich sein wird.

Darüber hinaus ist diese Fördersystematik noch nicht mit der Regierung abgestimmt. Wir müssten für dieses von der einrichtungsspezifischen Abrechnung abweichende Modell auch ein eigenes IT-System aufbauen. Daher schlage ich vor, dass wir all dies berücksichtigen und in der Begleitkommission mit den Trägern abstimmen. Durch den Zuschuss von 3,50 € pro Belegungstag wäre die Förderung für die Eltern sichergestellt. Die Träger könnten auf dieser Basis ihre Verpflegungskosten kalkulieren, sodass damit aus unserer Sicht kein Nachteil für die Eltern verbunden wäre. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie unter Berücksichtigung dieser Anmerkungen über den Änderungsantrag abstimmen. Vielen Dank!

Der Änderungs-/Ergänzungsantrag von SPD/Volt und Die Grünen – Rosa Liste wird gegen die Stimmen von CSU mit FREIE WÄHLER, FDP BAYERNPARTEI und AfD **beschlossen**.

Der modifizierte Antrag des Referenten wird gegen die Stimmen von CSU mit FREIE WÄHLER, FDP BAYERNPARTEI und AfD **beschlossen**.

**B7: Budget für das Citymanagement im Referat für Arbeit und Wirtschaft
zur Unterstützung der Innenstadt
Finanzierung**

Aktensammlung Seite 6261

StRin Wassill:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben das Budget für das Citymanagement geprüft und festgestellt, dass es sich dabei um ureigene Aufgaben des Referats für Arbeit und Wirtschaft handelt. Außerdem entfielen von der bisher ausgegebenen Million Euro über 50 % auf Personalkosten. Ich weiß nicht, ob dieses Projekt für die Münchner Bürger bisher so effektiv war. Deshalb finden wir es gut, dass in Ziffer 3 des Antrags ein Bericht eingefordert wird, und werden diesem Punkt zustimmen. Den Rest werden Sie wahrscheinlich ohnehin beschließen.

Herr Baumgärtner, Sie begründen diese Maßnahme mit den aktuellen Entwicklungen in der Innenstadt. Das ist uns zu dünn, denn die Lage ist schon seit längerer Zeit dramatisch schlecht. Wir haben eine voranschreitende Rezession, überall in der Innenstadt stehen Gebäude und Läden leer. Da hilft es auch nichts, wenn die Stadt eingreift. Sie müssten sich schon an die Kursgeber in Berlin wenden. Dazu hätten Sie heute eine fantastische Gelegenheit. Ich nehme an, dass Sie nach der Sitzung alle die Internationale Handwerksmesse besuchen. Dort können Sie Herrn Habeck sagen, was hier los ist. Wenn Berlin und Brüssel eines Tages umschwenken, wird es von ganz allein wieder besser. Deshalb ist jeder Euro für diese Maßnahme nutzlos. Danke!

Der Antrag des Referenten wird ziffernweise wie folgt abgestimmt:

Ziffer 2 wird gegen die Stimmen der AfD **beschlossen**.

Die übrigen Ziffern werden **einstimmig beschlossen**.

München, 28. Februar 2024

R e i t e r
Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München

Protokoll